

## Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter

Francesca Weil

# Im Dienste der DDR-Staatssicherheit

Viele der als inoffizielle Mitarbeiter angeworbenen Ärzte verletzen in ihren Berichten an das Ministerium für Staatssicherheit die ärztliche Schweigepflicht.

Die Tätigkeit der ärztlichen inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der ehemaligen DDR kann man nicht allein anhand der Dauer der Zusammenarbeit bewerten, sondern muss auch und vor allem das Ausmaß der Berichtstätigkeit und die Konsequenzen für die bespitzelten Personen berücksichtigen. Die meisten Ärzte arbeiteten zwischen zwölf und 16 Jahren mit der Staatssicherheit zusammen, was vor allem durch die verstärkte Werbetätigkeit des MfS in der ersten Hälfte der 70er-Jahre bedingt ist.\* Häufig war der vom MfS angegebene Tätigkeitszeitraum allerdings mehrere Jahre länger als die eigentliche Dauer der Berichtstätigkeit. Dies lag daran, dass das MfS eine IM-Akte erst eine bestimmte Zeit nach dem letzten Treffen mit dem IM schloss oder so genannte Scheinkontakte aufrechterhielt. Diese dienten dem Ziel, „unzuverlässige“ oder „unehrliche“ IM in Sicherheit zu wiegen, um Pläne und Absichten in beruflicher und persönlicher Hinsicht weiterhin abzuschöpfen. Dienststellen der Staatssicherheit warteten mitunter auch ab, ob die Zusammenarbeit wieder reaktiviert werden konnte.

Die Berichtstätigkeit der IM-Ärzte erfolgte zum größten Teil über einen Zeitraum zwischen sechs und zwölf Jahren. Die Intensität der Berichte lässt sich häufig am Umfang der Akten messen. So gibt es Akten, die neben der Personenakte lediglich eine dünne Mappe mit einigen wenigen Treffprotokollen enthalten. Es finden sich aber auch Un-

terlagen, die zwei Ordner mit Personenangaben und acht umfangreiche Berichtsordner mit jeweils circa 200 Berichten umfassen.

Allerdings kam es bei der Bewertung der Berichtstätigkeit neben der Quantität der Aussagen vor allem auf die „Qualität“ der gelieferten Informationen an. Dazu wurden die schriftlichen Informationen in Personen-, Stimmungs-, Reise- und Sachberichte unterschieden. Bei Personenberichten handelte es sich um Gesamtschätzungen oder Beurteilungen von Kollegen, Vorgesetzten, Patienten, Bekannten oder Verwandten.



In Reiseberichten dokumentierten die IM hauptsächlich den Verlauf von Dienstreisen, unter anderem zu internationalen Sportveranstaltungen oder zu Fachkongressen. So informierte etwa IMS „Waldemar“ über ein Sportereignis im westlichen Ausland, an dem er als Verbandsarzt der DDR-Nationalmannschaft teilgenommen hatte. Er berichtete dem MfS über die außerhalb des Stadtzentrums gelegene Unterbringung der Mannschaft, mit der die Aufnahme von Kontakten zu den Sportlern behindert worden sei. Außerdem sei das Auftreten der DDR-Mannschaft sowie der

sportliche Erfolg eine gute Werbung für den anstehenden Staatsbesuch Honeckers gewesen. Darüber hinaus wurden von ihm „Sportverräter“ beobachtet. Dabei handelte es sich um ehemalige Leistungssportler der DDR, die das Land „inoffiziell“ verlassen hatten. IMS „Waldemar“ kontrollierte offensichtlich peinlich genau deren Kontaktinteresse.

Die Fortsetzung der DÄ-Titelgeschichte (Heft 48/2004) widmet sich den Motiven der IM, Inhalten ihrer Tätigkeit und Problemen von „Aussteigern“.

Diese Einschätzungen umfassten konkrete Angaben zu Tätigkeit, Charakter, Interessen, zum Verhalten im „Kollektiv“, zur politischen Einstellung, zu eventuellen Kontakten ins westliche Ausland, zur finanziellen und Familiensituation (1). Informationen über die Stimmung im Krankenhaus, in der Poliklinik oder auf der jeweiligen Station im Hinblick auf politische Ereignisse oder die gesamtgesellschaftliche Lage in der DDR, die teilweise mit wörtlicher Wiedergabe von Aussagen der beobachteten Personen versehen waren, wurden als Stimmungsberichte erfasst (2).

IM-Ärzte „schöpften“ ebenfalls Bürger der Bundesrepublik „ab“ – zum Beispiel während der Leipziger Messen. Dabei ging es nicht nur um die geschäftlichen Belange der ausstellenden bundesdeutschen pharmazeutischen Unternehmen, sondern auch um die jeweiligen Standmitarbeiter und deren persönliche, berufliche und politische Auffassungen. Außerdem prüften inoffizielle Mitarbeiter diejenigen DDR-Bürger, die Kontakt zu den Pharmavertretern suchten oder sogar zu Gesprächen in die Ausstellungsräume gebeten wurden. ▶

\*Wenn nicht anders angemerkt, liegen der Darstellung und den wörtlichen Zitaten die in der Archiv-Außenstelle Leipzig der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) eingesehenen IM-Akten, Sachakten und Diplomarbeiten der MfS-Hochschule Potsdam zugrunde.

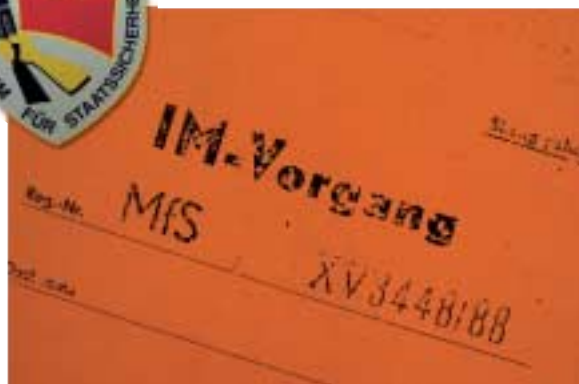
Sachberichte dagegen enthielten Informationen zu Versorgungsproblemen bei Medikamenten oder medizinischen Geräten, zu Hygieneproblemen oder zum Personalstand, ohne dass dabei bestimmte Personen im Vordergrund standen. Die Mehrzahl der IM-Ärzte lieferte sowohl Personen- als auch Sachberichte. Knapp die Hälfte der IM übermittelte dem MfS Stimmungsberichte und rund ein Drittel Reiseberichte. Etwa ein Viertel der inoffiziellen Mitarbeiter war konspirativ und längerfristig an „operativen Vorgängen“ beteiligt.

In welchem Ausmaß die IM berichteten, konnten sie weitgehend selbst bestimmen. Auch waren sie grundsätzlich nicht daran gehindert, Berichte zugunsten der beobachteten Personen zu formulieren oder bestimmte Ereignisse nicht zu erwähnen. Letzteres musste jedoch sehr geschickt erfolgen, und es gehörte Mut dazu, denn alle inoffiziellen Mitarbeiter wurden permanent auf Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit überprüft. Beispielsweise informierte IMS „Gustav Sonntag“ seinen Führungsoffizier nicht über seine Kontakte zu DDR-Bürgern, die Ausreisearträge gestellt hatten, beziehungsweise über seine persönliche Kenntnis von deren Absichten. Er verlor auch kein Wort über seine „Rückverbindungen“ zu Personen, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt waren. Außerdem weigerte er sich hartnäckig, Personen aus seinem Bekannten- und Kollegenkreis einzuschätzen, und lehnte diesbezügliche Aufträge sogar offen ab. Lediglich über Reisekader seiner Dienststelle gab er bei Treffen mit dem Führungsoffizier Urteile ab.

Schwerpunktmäßig waren die meisten IM-Ärzte auf ihre Kollegen ange setzt, rund ein Viertel auf Angehörige westeuropäischer Staaten, noch weniger auf Verwandte und Bekannte. Geringeres Augenmerk galt den Patienten, Sportlern, Kirchenmitgliedern sowie Strafgefangenen. Als streng zu kontrollierende Schwerpunktbereiche legte der Staatssicherheitsdienst spätestens 1973/74 Krankenhäuser „mit einem großen Kreis ausgebildeter medizinisch-technischer Kader“ fest. Nach Ansicht des MfS ergab sich die „objektive operative Notwendigkeit“ daraus,

dass dort entweder kein IM oder keiner mit geeigneten Funktionsmerkmalen vorhanden war. Mehr als die Hälfte der seitdem gewonnenen IM platzierte die Staatssicherheit in Krankenhäuser oder warb sie dort an. Krankenhäuser sollten als bedeutende Objekte in der DDR systematisch „gegen die Anschläge des Feindes“ abgesichert werden (3).

Schwerer zu ermitteln sind die aus der IM-Tätigkeit erwachsenen Konsequenzen für die beobachteten Personen, da sich Aussagen dazu in den IM-Akten nur selten niederschlugen. Eine



Akten über IM-Ärzte enthalten in der Regel keine Aussagen darüber, welche Folgen die Bespitzelung für Betroffene hatte.

der wenigen Ausnahmen findet sich in den Unterlagen des Psychiaters und IMS „Karl Schönherr“. Aus einer Beurteilung der Zusammenarbeit mit dem inoffiziellen Mitarbeiter durch den entsprechenden Führungsoffizier geht hervor, dass der IM 1983 das MfS über die Absicht einer Bekannten informiert, die DDR über die CSSR „ungesetzlich“ zu verlassen. Aufgrund dieses Hinweises wurde die Frau verhaftet und zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. IMS „Karl Schönherr“ erhielt daraufhin als „Auszeichnung“ eine Prämie von 400 Mark.

## Schweigepflicht wird verletzt

Von den IM-Ärzten verletzten – soweit bisher recherchiert – mehr als ein Drittel die ärztliche Schweigepflicht. Darunter waren Vertreter zahlreicher Fachrichtungen und fast aller Hierarchieebenen. Die Verletzung der Schweigepflicht geschah auf unterschiedliche Art und Weise. Man-

che – wie beispielsweise IMS „Sabine“ – gaben nur ein einziges Mal Auskunft über Patienten. IMS „Klaus“ – als Internist und Chefarzt an einem Krankenhaus beschäftigt – wurde von seinem Führungsoffizier nach dem Gesundheitszustand eines hauptamtlichen Mitarbeiters der Kreisdienststelle befragt, woraufhin der inoffizielle Mitarbeiter ausnahmsweise bereitwillig Auskunft gab.

Andere dagegen – insbesondere Psychiater – berichteten regelmäßig über ihre Patienten und lieferten der Staatssicherheit sogar detaillierte Gutachten. IMS „Dr. Borchert“, ein sowohl an Poliklinik und Krankenhaus tätiger Psychiater, übergab 1966 seinem Führungsoffizier unter anderem ein mehrseitiges Dokument über einen wegen einer Schlafmittelvergiftung eingewiesenen Patienten mit Angaben zur Person, zum physischen wie psychischen Zustand, zur familiären Situation, zum Befund sowie zum Therapieansatz. Vier Jahre später erhielt das MfS aus seinen Händen die Kopie eines nervenärztlichen und psy-

chologischen Gutachtens zu einem seiner Patienten. Diese Expertise war eigentlich für den Staatsanwalt bestimmt und beschrieb ausführlich die Entwicklung und den „Gesundheitszustand“ eines Jugendlichen, der aufgrund von „asoziale[m] Verhalten“ und von „Diebstahl sozialistischen Eigentums“ die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet habe.

Manchmal war die Erteilung einer Auskunft über Patienten auch Ausgangspunkt einer Werbung durch das MfS. Beispielsweise informierte IMB „Erich“ das MfS aus eigenem Antrieb darüber, welche Krankheit, politischen Ansichten und daraus folgende Absichten einer seiner Patienten habe. Ohne Skrupel berichtete er über die familiären Verhältnisse wie über die Ausreisearbeiten des Patienten. Zum Abschluss des Gespräches wurde vereinbart, dass der IM den MfS-Mitarbeiter über Veränderungen des Gesundheitszustandes sowie im Fall einer bevorstehenden Entlassung informieren würde. ▷

Die Mehrzahl der untersuchten IM befand sich 1989 noch im „Dienst“; in rund einem Drittel der Fälle endete die Zusammenarbeit in den 70er- und 80er-Jahren. Die große Zahl ausscheidender inoffizieller Mitarbeiter – und damit auch von Ärzte-IM – sorgte in den 80er-Jahren beim Staatssicherheitsdienst für größte Aufmerksamkeit. Seit 1986 gab es mehr „Abgänge“ als „Zugänge“ im IM-Bestand; die jährliche Fluktuationsrate betrug bei IM immerhin zehn Prozent.

Über das Ende der konspirativen Tätigkeit entschied das MfS oder die entsprechende Dienststelle angeblich von sich aus. Tatsächlich aber kam die Staatssicherheit häufig nicht umhin, die Vorgänge als abgeschlossen zu betrachten und zu den Akten zu legen, weil von den IM keine neuen Informationen geliefert wurden. In vielen Fällen beeinflussten die IM diese Beschlüsse demnach maßgeblich. Mehr oder weniger absichtlich nahmen sie Verabredungen mit ihrem Führungsoffizier nicht mehr wahr oder lehnten konkrete Aufgaben offen ab. Nach einer intensiven zweijährigen Zusammenarbeit mit dem MfS begründete beispielsweise IMS „Sabine“ die größer werdenden Abstände zwischen den Treffen mit ihrer Mehrfachbelastung als berufstätige Mutter und dem Mangel an glaubhaften „Legenden, um die Abwesenheit bei Treffs gegenüber dem Ehepartner zu begründen“. Zwei Jahre später reagierte die zuständige Dienststelle, betrachtete die Zusammenarbeit als beendet und brachte die zugehörigen Akten „zur Ablage“.

## Viele IM-Ärzte beendeten Zusammenarbeit von sich aus

IMB „Erich“ dagegen war laut Aktenaussage anfänglich bereit, „das MfS bei der Realisierung seiner Aufgaben [...] zu unterstützen“. Doch trotz intensiver Versuche, den IM politisch-ideologisch zu motivieren und bei ihm „innere Überzeugungen und Einsichten zu entwickeln“, lehnte der IM sacht- und personenbezogene Aufträge zur „Bearbeitung eines operativen Vorgangs“ ab. Er erklärte, dass er von „der Notwendigkeit der Bekämpfung von gegen die DDR gerichteten subversiven Handlungen

und Aktivitäten“ überzeugt sei, wo zu auch die Unterstützung durch die Bevölkerung erforderlich sei. Jedoch könne er als Christ aus Glaubens- und Gewissensgründen eine derartige Aufgabenstellung nicht realisieren, sondern lediglich ihm bekannt werdende Hinweise dem MfS übermitteln, ohne selbst aktiv zu werden. Als das MfS ermittelte, dass IMB „Erich“ „enge Verbindungen zu feindlich-negativ eingestellten Personen“ unterhalte, Konflikte mit dem ärztlichen Direktor der Klinik habe, unterstellten sie ihm, „Aktivitäten zur beruflichen Veränderung zu entwickeln, die teilweise konspirativen Charakter tragen“. Daraufhin bezeichneten sie den IM als „unehrlich und unzuverlässig“ und beendeten die Zusammenarbeit.

Republikflucht beendete die inoffizielle Zusammenarbeit zwangsläufig. 1977 setzte der amtierende Stellvertreter des Staatssekretärs für Körperkultur und Sport die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig davon in Kenntnis, dass der Sportarzt einer DDR-Nationalmannschaft während des Trainingslagers in Österreich die Mannschaft verlassen habe und nicht wieder in seine Unterkunft zurückgekehrt sei. Da der Verdacht des „ungesetzlichen Verlassens der DDR“ nahe liege, bat der Staatssekretär die Stasi-Behörde um Unterstützung bei der Aufklärung dieses Falles. Die „Republikflucht“ des IMS „Achim“ kam für die zuständige Dienststelle überraschend. Der zuständige MfS-Offizier beurteilte das Verhalten als widersprüchlich, da dem IMS seine wissenschaftliche und sportmedizinische Perspektive hinlänglich bekannt gewesen seien. Sein Erklärungsmuster für das Verhalten des IM war, dass den inoffiziellen Mitarbeiter das „viele Geldverdienen in der BRD“ gelockt habe. Folglich lief gegen den republikflüchtigen Arzt eine Fahndung, der IM-Vorgang wurde „gesperrt zur Ablage gebracht“.

Aus den Akten der MfS-Dienststellen geht hervor, dass mindestens die Hälfte der ausgeschiedenen IM die Zusammenarbeit von sich aus beendete. Eine Reihe von Ärzten machte unmissverständlich klar, kein Interesse mehr an der inoffiziellen Zusammenarbeit zu haben. Andere stellten Ausreisearträge, verließen die DDR auf „ungesetzli-

che Weise“ oder gaben vor, aus Altersgründen, wegen gesundheitlicher oder persönlicher Probleme den Anforderungen an einen IM nicht mehr zu genügen. Ein Arzt gab „Enttäuschung“ als Grund für sein Ausscheiden an.

## Unterschiede in der Intensität der Information

Die Beispiele zeigen, dass es im Hinblick auf die Intensität der Informationen große Unterschiede gab. Viele IM berichteten bereitwillig und umfassend, aber nicht jeder IM-Arzt beugte sich bedingungs- oder willenlos den Anforderungen des Führungsoffiziers. Auch wenn bei zwei Dritteln keine Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht festgestellt werden kann, muss doch die Vielzahl derer erschrecken, die teilweise skrupellos und entgegen ihrem geleisteten Eid über Patienten, deren Gesundheit, Lebensumstände sowie politische Haltung berichteten. Die relativ hohe Anzahl der „Aussteiger“ verdeutlicht, dass viele IM-Ärzte – wie andere IM übrigens auch – Ängste vor beruflichen oder persönlichen Konsequenzen in den Hintergrund rückten und nach Möglichkeiten für die Beendigung ihrer inoffiziellen Tätigkeit suchten. Bei all diesen Differenzierungsversuchen sollte aber betont werden, dass es sich bei den inoffiziellen Mitarbeitern grundsätzlich um heimliche Zuträger handelte, die im Auftrag des MfS Personen ihres unmittelbaren Lebensumfeldes überwachten.

■ Zitierweise dieses Beitrags:  
Dtsch Arztebl 2004; 101: A 3405–3408 [Heft 50]

### Literatur

1. Barkleit G, Dunsch A: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie. Dresden: Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. 1998, 21; Beispiel: IMS „Dr. Borchert“. BSTU, MfS, BV Leipzig AIM 1502/92, Akte II, Bl. 67 ff.
2. ebd.; 21.
3. Müller-Enbergs H (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin: Ch. Links 1996; 196.

Anschrift der Verfasserin:

**Dr. phil. Francesca Weil**

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
Mommensenstraße 13  
01062 Dresden